



Manfred Linz

Was wird dann aus der Wirtschaft?

Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum
und Arbeitslosigkeit

Nr. 157 · Januar 2006
ISSN 0949-5266

Wuppertal Papers

Herausgeber:

Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Döppersberg 19

42103 Wuppertal

Tel: 0202/2492 -0

Fax: 0202/2492 -108

Autor:

Dr. Manfred Linz

E-Mail: manfred.linz@wupperinst.org

„Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen Interessenten frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

Inhalt

Vorwort	4
Zusammenfassung	5
I. Suffizienz: Vorbehalte und wie ihnen zu begegnen ist	6
II. Wirtschaftswachstum: Warum sich so große Hoffnungen mit ihm verbinden, und wie viel Wachstum zu erwarten ist	9
III. Arbeitslosigkeit: Kann Wirtschaftswachstum sie beseitigen?	14
IV. Ein Blick auf andere Länder	17
V. Führt Suffizienz zu einem geringeren Wirtschaftsvolumen? Kostet sie Arbeitsplätze?	21
VI. Wie kann neue Erwerbsarbeit entstehen?	24
VII. Ein kurzes Fazit	27
Literatur	28

Vorwort

Der folgende Text ist aus der Arbeit im Querprojekt „Öko-Suffizienz und Lebensqualität“ entstanden. In seinen Querprojekten, an denen sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der unterschiedlichen Fachgebiete beteiligen, behandelt das Wuppertal Institut Grundfragen, die über den Bereich der jeweiligen Forschungsgruppen hinausreichen und ihrerseits in viele Fachbezüge hineinwirken. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen einer gewollten und geplanten Reduzierung der Inanspruchnahme von Ressourcen sind eine solche Grundfrage. Sie wird hier in einem ihrer zentralen Aspekte zur Diskussion gestellt.

Die Ausarbeitung stützt sich auf intensive Interviews mit Ökonominnen und Ökonomen, die für diese Fragestellung aufgeschlossen sind. Mein Dank gilt vor allem Raimund Bleischwitz, Fabian Hanneforth, Wolfgang Irrek, Kora Kristof, Reinhard Loske, Jochen Luhmann, Helge Majer, Hans G. Nutzinger, Gerhard Scherhorn und Angelika Zahrt. Den Ertrag dieser und anderer Gespräche habe ich ergänzt durch Einsichten, die in der gegenwärtig so lebhaft geführten Fachdiskussion zu gewinnen sind. Für das Ergebnis bin selbstverständlich nur ich verantwortlich.

Der folgende Text konzentriert sich auf die Beziehung der im Untertitel genannten Problemfelder zueinander. Er ist an der aktuellen Diskussion orientiert. Das Thema wird fortgeführt in einem Wuppertal Paper, das unter dem Titel „Nachhaltige Entwicklung und Wachstum“ (Arbeitstitel) in Kürze erscheinen wird.

Zusammenfassung

In einer Situation, in der das Wirtschaftswachstum als eine der wichtigsten Aufgaben dieser Gesellschaft gilt und als eines der entscheidenden Mittel zur Minderung der Arbeitslosigkeit angesehen wird, gerät Suffizienz, die sich für eine maßvolle Nutzung der Ressourcen und ein anderes Verständnis von Wohlstand einsetzt, leicht in den Ruf ökonomischer und sozialer Unverträglichkeit. Dieser Verdacht ist unberechtigt. Einmal ist in entwickelten Industriegesellschaften nur noch mit einem bescheidenen Wirtschaftswachstum zu rechnen, das kaum neue Arbeit schaffen wird. Dann wird zu zeigen sein, dass ein an Suffizienz orientiertes Wirtschaften nicht nur Ressourcen schont sondern auch neue Erwerbsarbeit ermöglicht. Hohe Arbeitslosigkeit lässt sich darüber hinaus auch durch kluge Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vermindern. Zu überwinden ist sie nur, wenn die Erwerbsarbeit geteilt wird.

I. Suffizienz: Vorbehalte und wie ihnen zu begegnen ist

1. Die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft (und konkret dieses Landes) lässt sich, was ihre materielle und energetische Basis angeht, auf drei Wegen erstreben: mit Effizienz, mit Konsistenz und mit Suffizienz. Effizienz richtet sich auf die ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, also auf Ressourcenproduktivität. Konsistenz sucht nach naturverträglichen Technologien, die Stoffe und Leistungen der Ökosysteme nutzen ohne sie zu zerstören. Suffizienz bemüht sich um einen geringeren Verbrauch von Materie und Energie durch eine geringere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen mit hohem Ressourcenanteil.

Effizienz (zu deutsch Wirksamkeit, auch Wirtschaftlichkeit) folgt dem Prinzip „Mehr aus Weniger“. Ökologische Effizienz strebt nach einem geringeren Einsatz von Stoffen und Energie pro Ware oder Dienstleistung und damit nach einem geringeren Naturverbrauch. Das geschieht durch verbesserte Technik und Organisation, also durch Einsparung, Wiederverwendung, Abfallvermeidung.

Konsistenz (in der Bedeutung Übereinstimmung, Einklang) richtet sich auf die Vereinbarkeit von Natur und Technik. Konsistenz-Strategien folgen Prinzipien wie Selbstorganisation, Rückholbarkeit, Wiederverwertung, entropiegerechte Energienutzung. Schädliche Emissionen finden ihr Ende, Abfälle werden zu Rohstoffen, Produktion und Konsum geschehen im Einklang mit der Natur. (Braungart/McDonough 2003) Konsistenz-Strategien versprechen eine neue industrielle Revolution, die zu einer dauerhaften Naturverträglichkeit menschlichen Lebens und Wirtschaftens führen könne. Mit ihnen, so wird erhofft, lassen sich die heute erkennbaren Beschädigungen der Natur überwinden – ohne Einschränkungen oder Einbußen.

Konsistenz-Strategien sind in der Tat ein unverzichtbarer Teil einer zukunftsfähigen Entwicklung. Eine auf acht oder neun Milliarden Menschen anwachsende Weltbevölkerung wird, um überleben zu können, naturverträgliche Technologien benötigen. Freilich: Vieles, vor allem vieles Wichtige in der Entwicklung dieser Strategien ist Zukunftsmusik. Sie sind erst zum kleinen Teil verwirklicht. Zum weit größeren Teil stehen sie in Aussicht oder werden erhofft. Für die dringenden Probleme der nächsten Jahrzehnte können sie nur einen begrenzten Beitrag leisten.

Effizienz und Konsistenz müssen sich weder in der Politik noch in den Wirtschaftswissenschaften um Anerkennung bemühen. Der ökonomische Nutzen der Effizienz liegt auf der Hand und ist in unserem Bewusstsein inzwischen fest verankert, umso mehr, als eine solche Einstellung dem unternehmerischen Denken nahe ist: Was ich an Material und Energie einspare, mindert meine Kosten. Konsistenz-Strategien werden sich in manchen Bereichen auch kleinräumig verwirklichen lassen, zum

erheblichen Teil aber großtechnische Verfahren erfordern, die dann ohnehin Kapital anziehen und Wachstum und Arbeitsplätze in Aussicht stellen.

Suffizienz hat diesen Anfangsvorteil nicht. Zunächst zum Wortsinn: Das lateinische *sufficere* bedeutet in seiner transitiven Fassung den Grund legen, im intransitiven Gebrauch zu Gebote stehen, hinreichen, im Stande sein, vermögen. Seit der Antike und bis heute ist Suffizienz als die Frage nach dem rechten Maß bedacht worden, nach dem, was Menschen gut tut und gut bekommt, was Gesundheit, Zufriedenheit, Gemeinschaft ermöglicht. Vermutlich über dem Eingang zum Apollo-Tempel in Delphi stand jene Maxime, die allem Nachdenken über Suffizienz zugrunde liegt: *Maedèn ágan*: Von nichts zu viel. Wo Suffizienz darauf gerichtet ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, in der Öko-Suffizienz also, geht es um Maßnahmen, Instrumente und Strategien, mit denen Ressourcen eingespart werden können, und zwar dadurch, dass Menschen ihr Verhalten verändern, und dies mit der Absicht oder doch mit dem Ergebnis tun, weniger Energie und Rohstoffe zu verbrauchen als bisher. Weil es in der Öko-Suffizienz um Verhaltensänderungen geht, auch um ein neues Verständnis von Wohlstand und Wohlfahrt und damit um eine veränderte Beziehung zu Gütern, zu Produktion und Konsum, hat sie es nicht so leicht wie Effizienz und Konsistenz, als wirtschaftsfreundlich und als ein unentbehrlicher Weg zur Nachhaltigkeit erkannt und anerkannt zu werden.

2. Die Vorbehalte gegen Suffizienz intensivieren sich, wenn die mit der Suffizienz-Orientierung gestellte Frage nach dem Maßhalten als Gefährdung des wirtschaftlichen Gedeihens gedeutet wird. Und das geschieht leicht, wenn der Hauptstrom der Ökonomik und mit ihm die das Handeln bestimmenden politischen Akteure den quantitativen Aufschwung der Wirtschaft zu einem der wichtigsten Kriterien der Genesung erheben. Vom Wirtschaftswachstum werden gegenwärtig starke Impulse für die Gesundung der deutschen Wirtschaft erhofft, und von einer deutlich gewachsenen Wirtschaft wiederum werden neue Arbeitsplätze und damit eine zur Unschädlichkeit verringerte Arbeitslosigkeit erwartet. Ein höherer Konsum wird damit geradezu zur Bürgerpflicht – fast unabhängig von dem, was gekauft oder als bezahlte Dienstleistung in Anspruch genommen wird. Suffizienz dagegen, der es um eine Prüfung der Bedürfnisse wie der Konsumwünsche geht, und die damit einen geringeren Verbrauch von Stoffen und Energie erreichen möchte, wird im günstigen Fall als nachrangig oder auf spätere Zeiten zu verschieben bewertet, gerät aber auch in den Ruf eines Bremsklotzes, gar der Unverträglichkeit mit dem Ziel der wirtschaftlichen Erholung.

3. Gewiss, diese Abmahnung der Suffizienz wird die nicht umstimmen, denen Nachhaltigkeit als die Voraussetzung einer gelingenden Wirtschaft gilt. Für sie hat die Fixierung auf quantitatives Wachsen keine Überzeugungskraft. Zu deutlich erkennbar sind die ökologischen Folgeschäden eines unbedachtes Wirtschaftswachstums. Die Weltproduktion ist zwischen 1950 und 2000 im Durchschnitt jährlich um 3,9 Prozent gewachsen, also in einem halben Jahrhundert um das Vierfache, der Welthandel sogar um mehr als 6 Prozent jährlich. (Deutscher Bundestag 2002, S.

119) Da der Anstieg der Gütermenge und des Energieverbrauches die Einsparungen durch Öko-Effizienz und die beginnenden Konsistenz-Strategien übertrifft, entsteht der so genannte Rebound-Effekt, ein Rückprall-Effekt also, der die Ersparnis im einzelnen durch einen höheren Mengenverbrauch wieder zunichte macht. Ein Beispiel ist der Mehrverbrauch von Material und Treibstoff im weltweiten Straßen- und Luftverkehr trotz sparsamerer Fahr- und Flugzeuge. Ebenso wenig sind die Schädigungen der Ökosysteme zu übersehen und ihre Folgen, unter denen am meisten die Länder des Südens leiden, also jene, die am wenigsten zu ihnen beitragen. Setzt sich diese Entwicklung fort, spricht viel dafür, dass schon die ökologischen Belastungen der Erde dem Wirtschaftswachstum ein Ende setzen werden.

4. Von dieser Einsicht werden die nicht erreicht, die die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet sehen oder sie angesichts der akuten Wachstums- und Beschäftigungsprobleme für nachrangig erachten, noch auch die, die eine wachsende Ökonomie für den besten Umweltschutz halten, weil erst durch Prosperität die Mittel für den Schutz der Natur erwirtschaftet würden. Ihnen wird darum Suffizienz als ein sich selbst begründender Weg zur Nachhaltigkeit nicht nahe zu bringen sein.

Umso wichtiger ist eine Prüfung, ob denn die Voraussetzungen stimmen, unter denen an Suffizienz orientiertes Leben und Wirtschaften in den Ruf geraten, den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung zu verzögern oder gar zu verhindern. Vor allem zwei Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang. Einmal: Ist in ökonomisch entwickelten Gesellschaften wie der Bundesrepublik ein anhaltendes exponentielles Wirtschaftswachstum weiterhin wahrscheinlich? Und zweitens: Wird mehr Wirtschaftswachstum – vorausgesetzt, es ist möglich – die Massenarbeitslosigkeit substantiell senken können? Diesen beiden Fragen wendet sich die Ausarbeitung zunächst zu. Aus dem Ergebnis dieser Nachfragen haben sich dann die Themen der beiden folgenden Abschnitte ergeben: Einmal die Untersuchung, ob suffizientes Leben und Wirtschaften das Wirtschaftsvolumen verringern und Arbeitsplätze kosten wird, und schließlich die Überlegung, auf welche Weise, wenn es dem Wachstum nicht gelingt, neue Erwerbsarbeit geschaffen werden kann.

II. Wirtschaftswachstum: Warum sich so große Hoffnungen mit ihm verbinden, und wie viel Wachstum zu erwarten ist

5. Es gibt sehr unterschiedliche Weisen Wirtschaftswachstum zu verstehen. Wachstum, so lautete eine Position in den Gesprächen, ist etwas Naturwüchsiges. Es geschieht von selbst. So lange es Menschen gibt, die über ihre Notdurft hinaus denken, die mit ihrem Handeln etwas schaffen möchten, was noch nicht da ist, wird es Wachstum geben. Diese anthropologische Konstante bringt auch Wirtschaftswachstum hervor, freilich mit Brüchen und in Schüben. Alte Bedarfe, auch altes Kapital wird vernichtet, und neue Bedürfnisse und neues Kapital werden geschaffen. Die von Nikolai Kondratieff ermittelten Konjunktur-Zyklen können dafür als Anschauung dienen. Er entwickelte eine „Theorie der langen Wellen“, der zufolge in kapitalistischen Gesellschaften sich lange Phasen von Prosperität und Abschwung periodisch abwechseln und durch Basisinnovationen entstehen (Dampfmaschine/Baumwolle; Stahl/Eisenbahn usw.). Sie wurden durch Leo Nefiodow fortgeführt, der gegenwärtig in Informationsdienstleistungen, in Bio- und Solartechnologien, und – als sein aussichtsreichster Kandidat – in der Förderung psychosozialer Gesundheit Träger eines neuen Aufschwungs erkennt.

Eine zweite Deutung zeigt sich dieser ersten benachbart. Sie macht geltend, die Annahme, Wachstum gehöre systemisch zu einer funktionierenden Wirtschaft, diese wachse entweder oder ver falle dem Niedergang, sei eine Fehleinschätzung. Wachstum, so wird dann gesagt, ist nicht planbar; es geschieht, oder es geschieht eben nicht. Entgegen allen Beteuerungen, dass eine Wirtschaft ohne Wachstum nicht funktionsfähig sei, enthalte die ökonomische Theorie dieses Erfordernis nicht. Gerade das liberale Wirtschaftsmodell folge doch den Wünschen der Konsumenten. Es müsse also offen lassen, ob eine Wirtschaft wächst. Die gegenwärtig so dringend gemachte Konsumverpflichtung sei darum selbstwidersprüchlich. Dass eine Wirtschaft nicht wächst, sei kein Indiz für ihre Schwäche oder gar ihren Niedergang. Es gebe keinen Grund, warum sie nicht auf gleichem Niveau verharren kann. Gesund sei eine Wirtschaft dann, wenn Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht bleiben. Wichtig sei die Dynamik einer Wirtschaft, ihre Innovationsbereitschaft, das, was Joseph Schumpeter die schöpferische Zerstörung genannt hat. Sie, so lautet die These, ist auch bei einer gleich bleibenden Gesamtrate möglich: Einige Sektoren der Wirtschaft entstehen neu oder wachsen weiter, andere stagnieren oder verschwinden.

Gute Gründe lassen sich schließlich für ein Verständnis von Wirtschaftswachstum anführen, das nur das als positiven Zuwachs verstehen will, was nicht mit Raubbau an der Natur verbunden ist, also nicht die ökologischen Fundamente unseres Wirtschaftens beschädigt oder die aufzuwendenden Kosten für die Beseitigung von Umwelt- und Zivilisationsschäden als Aktivposten in die Gesamtrechnung einbezieht.

6. Alle drei Deutungen sind gegenwärtig erkennbar Außenseiter-Positionen. Den Hauptstrom der gegenwärtigen Diskussion regiert ein anderes Verständnis. Für die große Mehrheit in der Ökonomik wie in der Politik bedeutet Wirtschaftswachstum einen quantitativen Zuwachs, und zwar als exponentielles Wachstum verstanden. Nur eine auf diese Weise wachsende Wirtschaft sei eine gesunde Wirtschaft, und darum sei alles daran zu setzen, dieses Wachstum zu erreichen. Es erhöhe den monetären Wohlstand; darum sei von ihm die Erholung der Staatsfinanzen und die Minderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten.*

Dieses Wachstumsverständnis gerät mehr und mehr in selbst erzeugte Schwierigkeiten. Exponentielles Wachstum entsteht dadurch, dass der am Ende eines Jahres erreichte Stand zur Ausgangsgröße des neuen Wachstums wird (dem Zinseszins vergleichbar). Um die gleiche Wachstumsquote zu erreichen, muss der neue Zuwachs höher als der vorherige ausfallen. Das aber ist immer schwerer zu erreichen, je länger der Prozess dauert, und je höher das erwirtschaftete Sozialprodukt steigt. So hat Horst Afheldt dargestellt, dass in der Bundesrepublik in jedem Jahrzehnt seit 1950 das Sozialprodukt um etwa denselben Betrag gestiegen ist: ca. 500 Milliarden DM. Nur waren das in der ersten Dekade 12 Prozent Wachstum pro Jahr, in der letzten vor der Jahrtausendwende (weil das Sozialprodukt inzwischen auf mehr als 2500 Milliarden DM gestiegen war) pro Jahr nur noch 1,9 Prozent. (2005, S. 14 f.) Umgekehrt hätte ein Prozent Wachstum heute im Jahr 1955 14 Prozent Wachstum ergeben.

7. Ein hohes exponentielles Wachstum ist nur starken Antrieben zu verdanken, wie sie in Deutschland in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg wirkten, heute in den Schwellenländern der Dritten Welt bestehen, oder in Ländern mit wachsender Bevölkerung anzutreffen sind, wie noch in den USA. Die beeindruckenden Wachstumsraten Chinas z. B. sind ebenso sehr der Aufbausituation wie den vergleichsweise niedrigen Basiszahlen zuzurechnen.

In einer ganz anderen Situation ist die große Mehrzahl der Industrieländer. Für sie mit ihren voll entwickelten Ökonomien gilt, dass in ihnen nur noch ein geringes Wachstum wahrscheinlich bleibt, und zwar je länger desto mehr ein lineares. Lineares Wachstum bedeutet, dass das Bruttoinlandprodukt, wie in Punkt 6 dargestellt, über einen gegebenen Zeitraum um etwa den gleichen Betrag steigt. Da dieses Wachstum nicht den jeweils erreichten Stand als neue Basis nimmt und in der Größe (wenn auch mit Schwankungen) stetig bleibt, werden die Prozentsätze des Wachstums notwendig immer kleiner. Zwar ist nicht auszuschließen, dass sich in Volkswirtschaften für einen kürzeren Zeitraum mit Anstrengung ein höheres Wachstum

* Vgl. dazu den Tenor „Wachstum und Arbeitsplätze“ im Bundestags-Wahlkampf 2005; den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD „Gemeinsam für Deutschland“ (vor allem Abschnitt B.I.1.1); den Jahresbericht 2005/06 des Sachverständigenrates (Ziffer 2 und 3); das geplante „Wachstumsgesetz“ von Finanzminister Peer Steinbrück; „Kein Wohlstand ohne Wachstum“ (Anzeige des RWE in „DIE WELT“ 19.11.2005); Neujahrsbrief von Bundeskanzlerin Angela Merkel in „DIE ZEIT“ 29.12.2005 und ebenso die Aufsätze und Bücher von Peter Bofinger, Gustav Horn, Albrecht Müller, Hans-Werner Sinn.

erreichen lässt; aber schon ein moderates exponentielles Wirtschaftswachstum von jährlich 2 oder doch 1,5 Prozent über mehrere Jahrzehnte, wie es Peter Bofinger für möglich hält (2005, S. 259), wird es schwer haben, sich gegen die im folgenden Punkt aufgeführten Prozesse zu behaupten.

8. Gründe für die retardierte Entwicklung:

- Die hohe Ausstattung mit einer funktionstüchtigen Infrastruktur, mit Gütern und Dienstleistungen (Haushalte, Hochbau, Straßen usw.). Gewiss gibt es weiterhin nötige und sinnvolle Investitionen in nachhaltige Verkehrswege und Verkehrsmittel, in Maßnahmen der Energie-Effizienz (z.B. Altbausanierung) und anderes mehr. (Dazu Abschnitt V) Aber der Grundbestand der Infrastruktur ist geschaffen, ein ausreichender Gebäude-Fundus ist vorhanden, die öffentliche Versorgung ist gewährleistet. Notwendig sind ihre Erhaltung und Erneuerung, aber nicht ihr Aufbau, nicht ihre Erweiterung.
- Der hohe Sättigungsgrad in der Erfüllung der wichtigen Lebensbedürfnisse. „Die Sättigungstheorie (ist) eine arrogante Theorie der Mittel- und Oberschicht.“ So erhebt Albrecht Müller (2005) Einspruch gegen diese Einsicht. Das erscheint mir als eine Fehleinschätzung der tatsächlichen Situation. Keine Frage, die Armut einer wachsenden Zahl von Menschen hat zugenommen. Hier entsteht eine soziale Unterschicht mit erzwungener Beschränkung, deren Bedürfnisse auf das unmittelbar Lebensnotwendige zurückgedrängt werden, und deren Ausgrenzung den Unfrieden in der Gesellschaft vergrößern wird. Wenn ihr zu mehr Kaufkraft verholfen wird, schafft das mehr soziale Balance und auch einen Wachstumsimpuls. Er kann aber nicht entkräften, dass die den Konsum tragenden Schichten die Mehrheit der Bevölkerung bilden und im Wesentlichen mit dem versorgt sind, was sie für Haushalt, Beruf, Freizeit, Mobilität benötigen. Viele von ihnen haben inzwischen so viel, dass sie Neues nur kaufen, wenn das Alte ausrangiert wird bzw. das Neue einen deutlichen Zusatznutzen verspricht. Daraus entstehen im besten Fall geringe Wachstumsantriebe. Auch wächst die Zahl derer, die über Wohlstand anders nachdenken, als es ihnen von der herrschenden Leitvorstellung des Güterwohlstandes und von der allgegenwärtigen Werbung nahe gelegt wird. Ein Indiz dafür ist die hohe Auflage solcher Bücher, die zur Konzentration raten: Simplify your Life! (Küstenmacher 2003) Was die Konsumneigung angeht, erkennt Meinhard Miegel sogar schon eine Trendumkehr. (2005, S. 116) Sie mag sich zum Beispiel in dem zunehmenden Wunsch zeigen, lieber weniger zu arbeiten als mehr zu verdienen und damit mehr ausgeben zu können.
- Eine abnehmende Bevölkerung. Die anhaltende Verringerung der Geburtenzahlen und damit der Überschuss der Sterbefälle in Deutschland wird zu einem langsamen und, so weit erkennbar, auch durch Zuwanderung nicht umzukehrenden Rückgang der Bevölkerung führen. Weniger Menschen kaufen auch weniger.

9. Warum hält sich trotz dieser Tatbestände, Einsichten und Erfahrungen in den Wirtschaftswissenschaften wie in der Politik hartnäckig die Hoffnung auf ein hohes exponentielles Wachstum und seine Problem lösende Wirkung? Es sind vielfältige realpolitische und psychologische Gründe, die in ihrem Zusammenwirken eine suggestive Kraft entfalten:

- Das Fortschrittsverständnis der Moderne hat im Weiter, Schneller, Höher, Größer einen Wert und einen Gewinn an sich gesehen und ist noch immer kulturell prägend.
- Wirtschaftswachstum verspricht jene Art Wohlstand zu mehren, die den Meisten noch immer als das Maß guten Lebens erscheint: sich mehr Güter und mehr Dienste leisten zu können. Und darüber hinaus: Geld hat von je her eine unmittelbare Faszination ausgeübt. Geld erlaubt soziale Unterscheidung, Geld vermindert die Unsicherheit bezüglich der Zukunft, Geld gibt die Freiheit der Wahl.
- Die Kehrseite dieser Faszination durch Steigerung ist die verbreitete Befürchtung, dass Nichtwachsen Stillstand und Stillstand Stagnation bedeutet, dass bei Nullraten der Weg in die wirtschaftliche Depression nur kurz ist, dass dann die Volkswirtschaft und mit ihr der Lebensstandard abstürzen könnten.
- Die Erinnerung an die ersten Nachkriegsjahrzehnte mit ihren enormen Zuwächsen, die als ein Wirtschaftswunder gedeutet wurden, wirkt nach und gibt der Hoffnung Raum: Lässt sich nicht diese Dynamik, und sei es in Annäherungen, noch einmal aufbauen?
- In einer Situation hohen staatlichen Defizits und wachsender sozialer Ungleichheit erscheint Wirtschaftswachstum als der glücklichste Ausweg. Zuwächse sind so viel leichter zu verteilen als der Bestand. Wirtschaftswachstum, so wird erwartet, füllt die öffentlichen Hände, es erleichtert den sozialen Ausgleich. Wer als verantwortlicher Politiker oder verantwortliche Politikerin das Defizit der Staatseinnahmen und die Massenarbeitslosigkeit als eine drückende Last empfindet, wird die Zuversicht der Ökonomen nur zu gern übernehmen.
- Und schließlich: Jede Umverteilung, die nötig wird, um die den sozialen Zusammenhalt gefährdende Ungleichheit zu korrigieren, schädigt die manifesten Interessen derer, die dann abgeben müssen. Ihnen wird daran liegen, sich selbst und der Gesellschaft den Glauben an die heilende Kraft des Wirtschaftswachstums zu erhalten.

10. Nun wird zur Begründung der guten Aussichten auf weiteres Wachstum immer wieder auf die Export-Erfolge der deutschen Wirtschaft verwiesen. Für einige Jahrzehnte, so wird dann gesagt, bietet die aufholende Entwicklung der Schwellenländer unseren Waren und unserem Kapital genügend Wachstumsmöglichkeiten. Wie weit trägt dieses Argument? Hans Günter Danielmeyer, damals im Vorstand der Siemens-AG, hat 1997 auf einem Kongress des Wuppertal Instituts eine Prognose vorgetragen, die er in die schriftliche Fassung seines Beitrages im Berichtband „Grenzen-los?“ nur noch in Andeutungen aufgenommen hat. Die Entwicklung der Industriegesellschaften, so resümierte er vor den Teilnehmern umfangreiche Computermodelle, verlaufe nach Art einer Glockenkurve. China und andere Schwellenländer hätten für die nächsten Jahrzehnte ein gigantisches Wachstum vor sich, seien also noch auf dem steilen Anstieg zum Gipfel der Glocke, während Deutschland und die anderen G7-Länder bereits auf der abfallenden Seite der Glocke angekommen seien. Diese Situation werde dadurch kaschiert, dass sich die Industrieländer mit Kapital, Know-how und Gütern in starkem Maße am Aufbau der wachsenden Gesellschaften beteiligten. Wenn dieser Boom abgeschlossen sei, gebe es keine Möglichkeit mehr, der eigenen Situation durch externes Wachstum zu entfliehen.

Dieser Einschätzung der vor uns liegenden Entwicklung ist von einem Teil meiner Gesprächspartnern hohe Plausibilität zugesprochen worden: Die Sättigung wird auch die Schwellenländer erreichen; und sie, die heute unsere Exportmärkte sind, entwickeln ihre eigene Kapazitäten, mit denen sie nicht nur den heimischen Markt bedienen sondern ihre billiger erzeugten Produkte in die Industrieländer exportieren. Andere haben diese Voraussage für irrig gehalten. Sie setzen ihr entgegen: Höhere Einkommen erlauben einen teureren Konsum, der die Märkte belebt, ohne dass für diese Entwicklung schon ein Ende abzusehen ist. Auch in China und Thailand steigen die Löhne und damit die Kaufkraft. Forschungsintensive Verfahren samt ihren Innovationen können den Industrieländern Vorsprünge erhalten, eine zunehmende Spezialisierung von Wissen und Produktion kann immer neue Marktchancen eröffnen, vor allem, wenn nicht einfach Produkte sondern Lösungen von Problemen angeboten werden. Die Wachstumsgrenze wird für diese Sicht erst durch die ökologischen Limits markiert, nicht durch ökonomische Entwicklungen.

11. Insgesamt wird vorerst wohl ein bescheidenes lineares Wachstum möglich bleiben. Die oben angeführten Wachstums-Begrenzungen wirken erst allmählich und noch partiell. Auch andere Kräfte sind am Werk. So ist zwar die Unersättlichkeit der Bedürfnisse, auf die sich die Erwartung stetigen Wachstums stützt, erst ein Kennzeichen der Neuzeit, doch hat sie sich tief eingepägt. Nachdem die elementaren Bedürfnisse gedeckt sind, erfindet die Imagination neue. Für nicht wenige Produkte gilt: Wir kaufen sie inzwischen nicht mehr, weil wir sie brauchen, sondern weil wir sie kaufen können. Ein beträchtlicher Teil des Konsums hat sich so von der sinnvollen Nutzung der Güter abgekoppelt. Das zu überwinden braucht Zeit.

III. Kann Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit beseitigen?

12. Arbeitslosigkeit ist als starke Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Erholung erkannt, und ebenso als eine schwere Belastung des sozialen Friedens wie der Funktionsfähigkeit des Staates. Darum gilt gegenwärtig eine heftige Diskussion der Frage, mit welchen Strategien und Maßnahmen die herrschende Massenarbeitslosigkeit zu überwinden ist. Die Debatte wird von unterschiedlichen, auch einander widersprechenden Konzeptionen bestimmt. Bei den Lösungsvorschlägen stehen die derzeit dominierenden angebotsorientierten Ansätze den nachfrageorientierten Ansätzen gegenüber.

Als angebotsorientiert gelten Maßnahmen, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzen, dafür die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken und ihnen das Angebot konkurrenzfähiger Produkte erleichtern. Dazu gehören: Verringerung der Staatsausgaben; Steuersenkungen für Unternehmen; Erhöhung der Mehrwertsteuer, um damit die Lohnnebenkosten zu senken; Deregulierung des Arbeitsmarktes durch Öffnungsklauseln in Tarifverträgen für Lohnkürzungen bzw. verlängerte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich; die Aufforderung zu freiwilliger Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer; ein gelockerter Kündigungsschutz.

Ganz anders die auf Stärkung der Nachfrage bedachten Ansätze. Zur Belebung des Konsums sollen Arbeitgeber am Produktivitätsfortschritt orientierte Löhne zahlen, und der Staat soll die auf ihnen liegenden Steuern senken. Er soll mit Krediten finanzierte investive Ausgaben tätigen für Bildung, Naturschutz, Integration der Ausländer; für die unteren Lohngruppen soll er einen Teil des Lohnes zahlen oder aber die Sozialversicherungsbeiträge übernehmen, besser noch insgesamt die Sozialsysteme finanzieren; er soll Fortbildung und berufliche Qualifizierung verstärken.

Eine Bewertung dieser Maßnahmen im Ganzen wie im Einzelnen ist hier nicht zu leisten. Ein Blick auf andere Länder im nächsten Abschnitt wird zeigen, auf welche Weise sich dort die Arbeitslosigkeit hat deutlich mindern lassen. Allerdings wird sich erst in einigen Jahren genauer analysieren lassen, wie dauerhaft die dafür gesetzten Impulse wirken, wie vertretbar die sozialen Folgen sind, welche dieser Strategien also beispielhaft sind und sich auf die deutsche Situation anwenden lassen.

13. Erkennbar aber wird, dass das Wirtschaftswachstum nur sehr begrenzt der Träger eines substantiellen Rückganges der Arbeitslosigkeit sein kann. Denn unabhängig davon, wie viel Wachstum in Ländern wie Deutschland möglich bleibt, weist eine ganze Reihe von Indikatoren darauf hin, dass es nur eingeschränkt und kaum dauerhaft zu mehr Beschäftigung führen wird.

- Zunächst einmal gibt es in den Wirtschaftswissenschaften einen weit gehenden Konsens darüber, dass erst ein Wirtschaftswachstum von etwa zwei Prozent an aufwärts neue Arbeitsplätze schafft. Unterhalb dieser Schwelle können die vorhandenen Produktions-Kapazitäten den steigenden Bedarf befriedigen. Schon zwei Prozent Wachstum liegt aber deutlich über dem, was Deutschland in den letzten fünf Jahren erreicht und nach den Vorhersagen für 2006 zu erwarten hat.
- Die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Seit Mitte der siebziger Jahre liegen die jährlichen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität über denen des Bruttoinlandsproduktes. Im Zeitraum 1992 bis 2003 ist das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1,5 Prozent gewachsen, die Arbeitsproduktivität dagegen um 2,1 Prozent. (Bontrup 2005a, S. 62 f.) Wachsende Arbeitsproduktivität heißt, dass die Arbeitenden besser ausgebildet sind, und dass immer mehr bisher von Menschen geleistete Arbeit von Maschinen und Kommunikationssystemen übernommen wird. Die Arbeitsplätze werden produktiver und nehmen an Zahl ab.

Die frühere These, dass technischer Fortschritt und Produktivitätszuwachs zwar alte Jobs vernichten, aber ebenso viel neue schaffen, gilt offenbar nicht mehr, wie Heinz-J. Bontrup am Beispiel Deutschlands (2005a) und Jeremy Rifkin (2004) am Beispiel der USA zeigen. Stattdessen entsteht das viel besprochene Jobless Growth. Dies umso mehr, als ein großer Teil der Kapitalinvestitionen zu Gunsten neuen Wachstums in die Rationalisierung der Produktion fließt, nicht in Arbeitsplätze.

- Verlagerung von Arbeitsplätzen. Die Verlagerung von Arbeit in Niedriglohnländer lässt sich durch Verringerung der Arbeitskosten verlangsamen; aufzuhalten ist sie nicht, so lange ein starkes Lohn-Gefälle zu den osteuropäischen und asiatischen Ländern besteht – und dessen Ende ist nicht abzusehen. Zunächst betraf die Verlagerung einfache Tätigkeiten; inzwischen erstreckt sie sich ebenso auf Facharbeit, Verwaltungsfunktionen, professionelle Dienstleistungen. Beispiele sind die Massenfertigungen in Thailand oder China, die Konzernbuchhaltungen in Indien, die Zahnbehandlungen in Ungarn. Im Gegenzug entsteht eine legale Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und Selbständiger auf den deutschen Markt, die ihrerseits die Situation anspannt.
- Nur ein Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit hat seine Ursache in einer schwachen Konjunktur, ein größerer ist Struktur bedingt. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit entsteht durch nachlassende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge eines wirtschaftlichen Abschwunges und weicht darum leicht einem neuen Aufschwung. Strukturelle Arbeitslosigkeit entsteht, wenn die Arbeitsproduktivität schneller wächst als der Absatz der Produkte; wenn technischer Wandel Produkte oder Dienstleistungen obsolet werden lässt, und Unternehmen sich nicht rechtzeitig auf die Veränderungen einstellen können;

wenn die Nachfrage sich stark verändert; wenn Ausbildung und Fortbildung der Arbeitskräfte den gewandelten Anforderungen nicht genügen; wenn Betriebe ihren Standort verlegen und ihre Beschäftigten zurück lassen, oder diese etwa aus familiären Gründen ihm nicht folgen können; wenn Regionen ins wirtschaftliche Abseits geraten; wenn nicht genug Arbeit für geringer Qualifizierte angeboten wird, oder diese einem Verdrängungswettbewerb besser Ausgebildeter weichen müssen. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist deutlich resistenter gegen Wachstumsgewinne – es sei denn, unvorhergesehene technologische Entwicklungen schaffen ganz neue Arbeitsituationen.

- Auch die Strategie der Gewinn-Maximierung kostet Arbeitsplätze. Die Shareholder-Orientierung großer Konzerne richtet sich auf möglichst hohe Gewinne in der kürzest möglichen Zeit. In diesem Denken erscheint Arbeit vor allem als Kostenfaktor, der durch Entlassungen, wann immer es geht, zu senken ist.

14. Alle Erwartungen, die sich auf eine Arbeit schaffende Steigerung des Bruttoinlandproduktes richten, und alle Ratschläge, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gegeben werden, müssen sich daran messen lassen, ob und auf welche Weise sie diese Entwicklungen in ihre Rechnung einbeziehen, und wie sie sie auszugleichen hoffen.

IV. Ein Blick auf andere Länder

15. Eine Reihe europäischer Länder und auch die USA haben eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit als Deutschland. Was sind die Gründe? Haben sie ein höheres Wirtschaftswachstum und deshalb geringere Arbeitslosigkeit? Haben sie eine klügere Arbeitsmarktpolitik? Die folgenden Länderberichte erheben nicht den Anspruch auf eine umfassende Ursachen-Analyse. Sie sollen die wirkenden Kräfte veranschaulichen. Zu beachten ist auch, dass die Charakterisierung dieser Länder nur die Maßnahmen aufführt, auf die sich im angegebenen Zeitraum die geringere Arbeitslosigkeit vor allem zurückführen lässt. Sie berücksichtigt nicht, welche sozialen Konsequenzen diese Maßnahmen haben, und welche Einflüsse, die ihren Zielen entgegen arbeiten, auf sie einwirken.**

Dänemark hat nach Jahren moderaten, teilweise auch schwachen Wirtschaftswachstums von durchschnittlich 1,6 Prozent während des angegebenen Zeitraums im Jahre 2005 einen steilen Anstieg auf zuletzt 4,8 Prozent erreicht. Seine Arbeitslosigkeit hat es zwar in diesem Jahr um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr senken können, aber insgesamt doch seit 2000 einen Anstieg von 4,9 auf 5,4 Prozent hinnehmen müssen – ein im europäischen Vergleich dennoch anhaltend niedriger Wert. Er verdankt sich vor allem einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik, die als eine Art korporatistisches Modell funktioniert und von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften getragen wird. So gibt es in Dänemark kaum Kündigungsschutz, dafür aber befristet ein relativ hohes Arbeitslosengeld und eine intensive und rasch beginnende Förderung – auch mit Zwangselementen. Durch eine für alle erreichbare Kinderbetreuung, Mutter- oder Vaterschaftsurlaub und Einkommensausgleich ist die Frauenerwerbsquote eine der höchsten in Europa.

Die Arbeitslosenquote in **Großbritannien** von durchschnittlich 5 Prozent ist das Ergebnis einer Periode des Wirtschaftswachstums und einer multiplen Arbeitsmarkt-Strategie der Regierung. (Sachverständigenrat 2005, Ziffer 247–253, 328) Die Wachstumsraten in den Jahren der Labour-Regierung (2,8 Prozent für den angegebenen Zeitraum) beruhen auf vergleichsweise geringen Arbeitskosten (schon während der konservativen Regierung u.a. erzielt durch Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine den Einfluss der Gewerkschaften dämpfende Gesetzgebung) wie auch einem Deficit Spending der Regierung und damit einer durch staatliche Investitionen geförderten robusten Binnen-Konjunktur. Sie hat aber auch zur Überschuldung vieler Konsumenten geführt (z.B. infolge übersteigerter Immobilienpreise), ein Prozess ähnlich der Entwicklung in den USA. Inzwischen wird die Binnen-Nachfrage schwächer, so dass das Wachstum des Bruttoinlandprodukts abgenommen hat, im Verlauf des Jahres 2005 auf zuletzt 1,7 Prozent.

** Die Zahlen für Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit sind der Durchschnittswert der Jahre 2000 bis 2004. Quellen: <http://epp.eurostat.cec.eu.int>; Arbeitslosenzahl der Schweiz: Wahl/Schulte; The Economist. Die Zahlen für Herbst 2005 ebenfalls aus „The Economist“.

Was die Beschäftigungspolitik betrifft, lassen die niedrigen staatlichen Unterstützungen für Erwerbslose schon gering bezahlte und auch mit Ortswechsel verbundene Arbeit als einen Ausweg erscheinen. Zudem hat die Regierung 1999 ein striktes Beschäftigungsprogramm „Welfare to Work“ eingeführt. Es verpflichtet Arbeitslose, spätestens nach 6 Monaten in eine Vereinbarung „New Deal“ einzuwilligen, die ihnen einerseits einen Anspruch auf aktive berufliche Förderung gibt und sie andererseits nötigt, eine von vier unterschiedlichen Arten von Tätigkeiten zu übernehmen. Weigerung führt zur Kürzung oder zum Verlust der Unterstützung. Staatliche Prämien für Arbeitgeber, die sich am New Deal beteiligen, ein Mindestlohn von derzeit 4,85 Pfund, flexible Lohnabschlüsse und Bonussysteme ergänzen dieses Instrumentarium.

Irland ist in besonderem Maße Nutznießer der Globalisierung durch seine Exportorientierung: Es ist pro Kopf der drittgrößte Exporteur der Welt. Die engen ethnischen Verbindungen zu den USA haben viele amerikanische Unternehmen ins Land gebracht, die Irland als Plattform für den europäischen Markt nutzen (und für ihre Produkte die Transportkosten nicht scheuen müssen). Günstige Investitionsbedingungen mit niedrigen Unternehmenssteuern und eine relativ junge, gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung tragen ebenfalls zum Erfolg bei. Das Wirtschaftswachstum lag im angegebenen Zeitraum bei 5,8 Prozent, die Arbeitslosenquote bei 4,3 Prozent.

Die **Niederlande** haben bei nur knappem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent die vorhandene Arbeit geteilt, indem sie in einem hohen Maß Teilzeitarbeit eingeführt und durch eine umfangreiche Frühverrentung ergänzt haben. Mit 44 Prozent hat Holland die höchste Quote an Teilzeitarbeit in der Europäischen Union und ermöglicht vor allem Frauen die Erwerbsarbeit. Außerdem hat Zeitarbeit eine große Bedeutung und ist rechtlich wie auch in den Sozialschutz-Leistungen abgesichert. Ende 2005 ist freilich die Arbeitslosenquote nach 3,2 Prozent im Zeitraum von 2000 bis 2004 trotzdem wieder auf 6,5 Prozent angestiegen.

Österreich profitiert als Brückenkopf zwischen Westen und Osten von seinem Eintritt in die Europäische Union 1995 und noch einmal von den neuen Möglichkeiten für Handel und Investitionen durch die Osterweiterung 2004. Bei einem Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent werden als Gründe für die geringe Arbeitslosigkeit von 4,1 Prozent im genannten Zeitraum ein gelockerter Kündigungsschutz und gleichzeitig eine intensive Förderung von Ausbildung, Umschulung und beruflicher Qualifizierung durch den „Arbeitsmarktservice“ genannt, eine Agentur wiederum in Partnerschaft von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, dazu niedrige Unternehmenssteuern und niedrige Lohnkosten. Dennoch steigt die Arbeitslosenquote seit Jahren kontinuierlich an auf inzwischen 5,2 Prozent

Schweden wird häufig als ein Vorbild einer erfolgreichen Volkswirtschaft angeführt. Einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent entspricht eine relativ geringe Quote von 5,5 Prozent Arbeitslosen. Das Wirtschaftswachstum wird vor allem durch die

starke Exportwirtschaft angetrieben, einschließlich einer führenden Position in den Informations- und Kommunikationstechnologien. Dieser Vorsprung wiederum wird als Ergebnis erheblicher Investitionen in Forschung und Entwicklung und ebenso in Ausbildung und Fortbildung gesehen. Zur geringen Arbeitslosigkeit trägt eine aktive und schnell einsetzende Förderung nach dem Verlust des Arbeitsplatzes bei wie auch der staatliche Druck, angebotene Arbeit anzunehmen, aber ebenso ein starker öffentlicher Sektor als Arbeitgeber, der sich wiederum aus hohen Steuern finanziert (die Mehrwertsteuer z.B. beträgt 25 Prozent).

Die **Schweiz** hat ein kaum höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland, ist aber mit nur 3,3 Prozent Arbeitslosen nicht weit von der Vollbeschäftigung entfernt, wenn man eine friktionelle Arbeitslosigkeit von 2 Prozent für erlaubt hält, die im normalen Wirtschaftsablauf durch Arbeitsplatzwechsel, Umzug, Ausbildungsabschluss usw. entsteht und kurzfristig ist. Einer der hauptsächlichen Gründe liegt darin, dass die Schweiz bis heute der Europäischen Union bewusst fernbleibt, dadurch ihrem Binnenmarkt beschäftigungsintensive Strukturen bewahrt hat und dessen schwache Erträge durch hohe Exportgewinne ausgleicht. Darüber hinaus hat sie niedrigere Arbeitskosten, die Ablösung der sozialen Sicherung vom Arbeitsverhältnis, niedrigere Unternehmenssteuern, ein weniger strenges Arbeitsrecht, weniger bürokratische Auflagen und eine wirksamere Arbeitsvermittlung. Stefanie Wahl/Martin Schulte (2005) nennen auch subjektive Faktoren: eine höhere Leistungsbereitschaft, ein geringeres Sicherheitsbedürfnis und damit eine größere Eigeninitiative der Bevölkerung.

Die **USA** haben ein relativ hohes Wirtschaftswachstum (zuletzt 3,7 Prozent). Einmal, weil im Unterschied zu Europa ihre Bevölkerung durch Geburtenüberschuss und Einwanderung deutlich wächst, und sich damit auch der Bedarf an Gütern erhöht. Zum andern aber treiben eine Reihe von spezifischen Faktoren das Wachstum an: die großen Militärausgaben; der hohe, anhaltende Import von Auslandskapital, der eine Verschwendungswirtschaft ermöglicht (das gegenwärtige Leistungsbilanzdefizit von 6 Prozent des Bruttoinlandproduktes wird durch Auslandsanleihen finanziert); die fast ausschließliche Konsumorientierung der armen Bevölkerung und damit ihre geringe Sparquote (sie erreicht 2005 für die privaten Haushalte sogar gesamtgesellschaftlich einen Negativwert); schließlich die Überschuldung so vieler Haushalte durch die Ausweitung der Verbraucherkredite. Jeremy Rifkin, der diese Faktoren zusammengestellt hat, fragt zu Recht, woher angesichts dieser Verschuldung das Geld kommen soll, um die Konsum-Nachfrage aufrecht zu erhalten. (2004, S. 12 ff.)

Zur Arbeitslosigkeit: Werden in die relativ niedrige Arbeitslosenquote von 5 Prozent Ende 2005 die etwa 2 Millionen Menschen einbezogen, die die Arbeitssuche aufgegeben haben (Fischermann 2003), und die 1,8 Prozent der arbeitsfähigen Männer, die inhaftiert sind und von denen damit eine erhebliche Zahl aus der Arbeitslosen-Statistik herausfällt, entsteht eine deutlich höhere Quote. Alles in allem eine prekäre Situation, die kaum als Vorbild für europäisches Wirtschaften gelten kann.

16. Der Überblick zeigt: In einigen Fällen hat die Forcierung eines Wirtschaftswachstums für begrenzte Zeit auch die Arbeitslosigkeit vermindert, in anderen begünstigen Sondersituationen die Wirtschaftstätigkeit. Vor allem aber ist es wohl eine kluge Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die in den entsprechenden Ländern die Arbeitslosenquote gesenkt oder niedriger gehalten hat. Etwa ein Deficit Spending, also die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand, um Investitionen zu tätigen (Großbritannien), die konsequente Förderung von Teilzeitarbeit (Niederlande), die Finanzierung der sozialen Sicherheit durch Steuern statt aus den Arbeitseinkommen (Schweiz), die Verbindung von geringerem Kündigungsschutz mit einem hohen Arbeitslosengeld auf begrenzte Zeit (Dänemark) und einer konsequenten Kopplung von Förderung der Arbeitslosen und Einfordern ihrer Arbeitsbereitschaft (Großbritannien). Ein häufig angewandtes Instrument ist der Kombilohn, d.h. ein staatlicher Lohn-Zuschuss für solche Arbeitslose, die Niedriglohn-Arbeit annehmen, gezahlt in unterschiedlicher Ausprägung an die Arbeitnehmer oder aber die Arbeitgeber, und zwar befristet oder auch unbefristet: so z.B. in Dänemark, Österreich, Irland, den Niederlanden, Großbritannien. (Institut IAB 2002) Bildung ist als Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens erkannt (Schweden), Ausbildung und Fortbildung haben in den meisten der genannten Länder eine große Bedeutung.

17. Wie im Abschnitt 12 schon angesprochen, kann dieses Wuppertal Paper mit seiner auf den Zusammenhang von Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit konzentrierten Fragestellung nicht behandeln, welche dieser Strategien und Maßnahmen auf Deutschland übertragbar sind. Was von den genannten Ländern als den „Besseren“ zu lernen ist (Wahl/Schulte 2005), bedarf einer genauer Prüfung.

V. Führt Suffizienz zu einem geringeren Wirtschaftsvolumen? Kostet sie Arbeitsplätze?

18. Was wird aus der Wirtschaft, wenn Suffizienz als bewusste und gewollte Verringerung des Ressourcenverbrauches in der Gesellschaft Raum gewinnt, wenn mit dem Gedanken ernst gemacht wird, dass die Industrieländer nicht mehr Materie und Energie verbrauchen dürfen, als ökologisch verträglich ist und ihnen im internationalen Vergleich zusteht? Was geschieht, wenn haltbare, wieder verwertbare Güter produziert und gekauft werden, wenn z.B. mehr einfachere und langsamere Autos gebaut und mit ihnen weniger Kilometer gefahren werden, wenn Fernreisen seltener werden, wenn der auf den sozialen Status gerichtete Konsum zurück geht, wenn in Eigenarbeit bzw. in Subsistenz-Wirtschaft vieles selbst gemacht, in Tauschringen eingewechselt oder mit Regionalgeld (das keine Zinsen kennt) bezahlt wird? Was geschieht, wenn die Menschen Güterwohlstand, Zeitwohlstand und sozialen Wohlstand in eine ausgeglichene Beziehung bringen, wenn einsichtig wird, dass Bedürfnisse nicht nur durch Güter, sondern mehr durch eigenes Tun und menschliche Beziehungen befriedigt werden (Scherhorn 1994), wenn darum materielle Befriedigungen nicht wichtiger sind als die immateriellen Gewinne, die ich mir nur selbst vermitteln kann, wenn darum deutlich weniger produziert und konsumiert und weniger an ressourcenintensiven Dienstleistungen nachgefragt wird? Was wird dann aus der Wirtschaft?

19. Eine solche Entwicklung muss die Wirtschaft nicht schädigen.

- Ein Ressourcen sparendes Wirtschaften, das sich auch auf suffiziente Einstellungen stützt, wird neue Wirtschaftsfelder schaffen. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien bringt eigene Umwandlungstechniken und die sie entwickelnden Industrien hervor. Das gilt für den Fahrzeug-, Schiff- und Luftschiffbau. Es gilt für die Glas- und Baustoffindustrie, die dann Baumaterialien herstellen wird, die zugleich energetische Funktion haben. Es gilt für Biomasse, ihre Erzeugung und die aus ihr entwickelten Kraftstoffe und chemischen Grundstoffe. Sie werden sowohl den Binnenmarkt stärken als auch Exportchancen eröffnen, weil sie zukunftsweisende Produkte anbieten, die alle Länder benötigen werden. (Scheer) Weiter: Neue Technologien werden die Rückverwandlung oder wiederholte Nutzung gebrauchter Stoffe ermöglichen, das so genannte Upcycling. (Pauli 1999) Investitionen in nachhaltige Verkehrsmittel und Verkehrswege, in ökologischen Landbau, in lebenswerte Städte werden Aufträge und Arbeit schaffen.

Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, nur noch solche Gebäude errichtet werden, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen, ihr eigenes Abwasser reinigen, sich für jeweils neue Nutzungen verändern lassen und beim Abriss in wieder verwertbare Bestandteile zerlegbar sind, entstehen daraus Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

- Die Wirtschaftstätigkeit kann sich in einem weit höheren Maße als bisher auf Qualitätsverbesserungen und Ressourcen schonende Dienstleistungen richten. Langlebige Güter benötigen Wartung, Ressourcenaufwand lässt sich oft durch Arbeit ersetzen, ökologische Qualität etwa in Nahrung und Textilien darf mehr kosten, weil sie ergiebiger bzw. dauerhafter und darum im Ergebnis nicht teurer ist.
- Dezentrale Formen des Wirtschaftens wirken positiv auf den Ressourcenverbrauch und die Menge und Qualität der Beschäftigung ein. Eine wichtige Strategie ist darum die Regionalisierung: Kreisläufe für Produktion und Rohstoffe lassen sich schließen; kooperative Lösungen bringen die Kreativität der hier verwurzelten Menschen zur Geltung.
- Es gibt eine Fülle von unbefriedigten Bedürfnissen, die in der Güter- und Warenwelt zu kurz kommen, aber ihrerseits durchaus einen Marktwert haben. Sie können durch bezahlte, aber auf immateriellen Gewinn gerichtete Dienste befriedigt werden, so in der Altenbetreuung, in der Kinderversorgung, in der Gesundheitsvorsorge. An die Stelle kurzlebiger oder überflüssiger Waren kann der Wunsch nach Persönlichkeitsbildung, nach der Stärkung körperlicher und seelischer Gesundheit, nach handwerklichen und künstlerischen Tätigkeiten, nach kultureller Teilhabe treten. Denkbar und in Skandinavien und den angelsächsischen Ländern schon stärker praktiziert als hierzulande ist auch die Umwandlung von Familienarbeit in bezahlte Dienste und die dadurch mögliche Berufarbeit von Müttern. (Dazu auch Punkt 21)

20. Erkennbar wird, dass eine auf Nachhaltigkeit und auf einen vertretbaren Verbrauch an Ressourcen gerichtete Ökonomie keine Kümmerform des Wirtschaftens erzeugt, auch keine Einbuße an Wohlstand und Wohlfahrt zur Folge haben muss, und sehr wahrscheinlich den Anteil und die Wertschätzung menschlicher Arbeit erhöhen wird. Wachsen kann alles, was zugleich der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dient. Schrumpfen wird, was den Überverbrauch von Ressourcen begünstigt, also kurzlebige Produkte, reine Positionsgüter, die den sozialen Status ihrer Besitzer anzeigen sollen, und alles, was die Verschwendung von Stoffen und Energie fördert. Auf die Dynamik einer Wirtschaft kommt es an, nicht auf ihr quantitatives Wachstum. Ob eine nachhaltige Wirtschaft zu einem gleich hohen oder sogar moderat steigenden Bruttoinlandprodukt führt oder doch eine leichte Verringerung des handelbaren Wirtschaftsvolumens entstehen lässt, ist schwer vorherzusagen. Ohnehin bleibt die gegenwärtige Art der Berechnung unbefriedigend, weil sie nur die kommerzielle Wirtschaftstätigkeit aufnimmt und damit einen großen Bereich menschlicher Tätigkeit auslässt.

Erst wenn in der Ermittlung des Bruttoinlandproduktes die künstliche Scheidung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit beendet wird, erst wenn das Ganze der Arbeit – einschließlich der Eigenarbeit, der Versorgungs- und Betreuungsarbeit, der Werte schaffenden und auf das Gemeinwohl gerichteten Tätigkeiten – seinem monetären Wert entsprechend einbezogen wird, (Bierter/Winterfeld 1998; Scherhorn 1997) und erst wenn die Defensivkosten, also die Kosten, die die Beseitigung der Schädigung unserer Lebensgrundlagen verursachen, nicht als Wertsteigerung gerechnet sondern vielmehr vom Ertrag abgezogen werden, erst dann lässt sich ein aussagekräftiges Sozialprodukt erheben. (van Dieren 1995, Bartelmus 2001)

VI. Wie kann neue Erwerbsarbeit entstehen?

21. Wenn wenig Hoffnung besteht, Wirtschaftswachstum könne in nennenswertem Umfang zu neuen Arbeitsplätzen führen, wenn auch die oben genannten Felder suffizienten Wirtschaftens zwar Arbeit schaffen aber die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen können, wie kann dann neue Erwerbsarbeit entstehen? Aus den geführten Gesprächen und aus der öffentlichen Diskussion haben sich mir vor allem vier Möglichkeiten als aussichtsreich und bedenkenswert ergeben. Sie werden im Folgenden kurz dargestellt, brauchen aber – darauf sei ausdrücklich hingewiesen – im Für und Wider eine intensivere Erörterung als sie hier geschehen kann.

- Die am nächsten liegende Möglichkeit ist, das, was sich in der Arbeitsmarktpolitik anderer Ländern bewährt hat, auf seine Übertragbarkeit hin zu prüfen. Die staatliche Unterstützung für Arbeitslose wird in manchen Ländern intensiver als in Deutschland mit der Förderung der Arbeitssuche, freilich auch mit der Nötigung dazu verbunden. Die Lockerung des Kündigungsschutzes verbindet sich dort mit besseren Chancen für neue Tätigkeiten. Vor allem: Das Bildungspotential der Bevölkerung wird in anderen Gesellschaften besser ausgeschöpft und gestützt. Auch in Deutschland gäbe es weniger Schulabbrecher, weniger Jugendliche ohne Schulabschluss, weniger Antriebslose, würde ihre Förderung früh einsetzen und intensiv fortgeführt. Hierin investiertes Geld erspart später hohe soziale und finanzielle Kosten.
- Eine zweite Möglichkeit ist die oben besprochene Kommerzialisierung bisher marktfreier Dienstleistungen und Austausch, zum Beispiel der Ausbau und die steuerliche Ermöglichung Familien orientierter Leistungen und Dienste, etwa um Frauen einen beruflichen (Wieder-) Einstieg zu ermöglichen. (Horn 2005, S. 188 f.) Bei dieser Transformation von marktfreien Tätigkeiten und Tauschbeziehungen in marktgängige Produkte und Dienstleistungen, also der Verwandlung von menschlichen Beziehungen in Waren (Scherhorn 2005), ist freilich ein Doppeltes zu bedenken: einmal, wie weit menschliche Beziehungen es ertragen, wenn sie in bezahlte Aufträge verwandelt werden, und auch, ob dann nicht überhaupt nur noch wenig ohne Geld getan wird.
- Die Rückgewinnung angelernter Arbeit. Gelegentlich wird die These vertreten, in durchrationalisierten Gesellschaften gebe es, anders als in früheren Jahrhunderten, nicht mehr genug einfache körperliche Arbeit, die den weniger Begabten und Motivierten einen Arbeitsplatz sichert, wenn auch zu geringerem Entgelt. Diese Einschätzung erweist sich als unzutreffend. Für angelernte Arbeit besteht ein großer Bedarf in der Betreuung von Alten und Pflegebedürftigen, in Sicherheitsdiensten, in der Landschaftspflege, im Schutz der Umwelt. Auf all diesen Feldern sind die unentbehrlichen Fachkräfte mit der Fülle der Arbeiten überfordert und benötigen dringend Hilfsdienste, die keine spezifische Ausbildung erfordern. Dieser Bedarf wird gegenwärtig nicht befriedigt, weil solche Arbeiten

als unbezahlbar gelten. Der mit ihnen zu erwirtschaftende Nutzen, so heißt es, sei geringer als die mit ihnen verbundenen Lasten (Sozialversicherung, Kündigungsschutz). Betriebswirtschaftlich gesehen ist diese Einstellung verständlich, für die Volkswirtschaft ist sie ein Schaden – schon, weil die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit inzwischen mehr als 80 Milliarden Euro betragen (Berechnung des IAB); aber auch, weil dann diese Arbeit in die Schattenwirtschaft abwandert. Angelernte und regulär ausgeübte Arbeit erleichtert eine der schwersten Belastungen des Arbeitsmarktes: die mangelnde Befähigung vieler Arbeit Suchender (20 Prozent der Hauptschüler in Nordrhein-Westfalen verlassen die Schule ohne Abschluss). Bezahlbar werden kann einfache Arbeit durch einen Kombi-Lohn – ein in anderen Ländern angewandtes Modell, das die neue Regierung jetzt auch für Deutschland erwägt. Dabei gibt der Staat Lohnzuschüsse oder übernimmt die Sozialversicherung.

Die Einwände gegen diese Strategie haben Gewicht: Niedriglöhne schwächen noch mehr die ohnehin schon geringe Massenkaufkraft und verschärfen so die Krise. Sie laden zum Missbrauch ein, etwa indem Arbeitgeber qualifizierte Arbeit so abwerten, dass dem Staat ihr eigener Anteil an den Arbeitskosten zugeschoben wird. Dennoch: Der Missbrauch wird sich steuern lassen. (Schöb/Weimann 2005) Und so unerwünscht Niedriglöhne sind – dem sozialen Desaster einer Dauerarbeitslosigkeit sind sie vorzuziehen und belasten auch die Volkswirtschaft weniger.***

22. Es bestehen realistische Chancen, mit den drei bisher genannten Maßnahmen die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern, vielleicht, wie die Ergebnisse der Bemühungen anderer Länder zeigen, bis zur Hälfte der gegenwärtigen Quote. Auf Dauer ist aber auch eine Arbeitslosigkeit von 5 oder 6 Prozent nicht sozial verträglich. „Angesichts der Tatsache, dass in modernen Gesellschaften soziale Anerkennung an Arbeitsleistung gebunden ist, wird Arbeit zu einem Menschenrecht, das niemandem vorenthalten werden darf.“ (Iring Fetscher, zitiert bei Bontrup 2005b).

23. Erwerbsarbeit teilen. Wenn also in der vorhersehbaren Zeit in Ländern wie Deutschland Vollbeschäftigung im bisherigen Verständnis nicht mehr zu erreichen ist, durch Wachstum nicht und auch nicht durch eine kluge Arbeitsmarktpolitik, dann bleibt als die entscheidende Strategie das Teilen der Erwerbsarbeit. Freilich: Für diesen Gedanken müssen Arbeitgeber, Gewerkschaften und auch die, die heute Arbeit haben, in ihrer großen Mehrzahl noch gewonnen werden. Er ist aber unausweichlich, wenn der soziale Friede erhalten bleiben soll. Damit alle, die arbeiten möchten, auch Arbeit bekommen können, können alle nur weniger bezahlte Arbeit erhalten. Das heißt: Auch die Erwerbsarbeit muss suffizient werden. In Ansätzen

*** Eine lebhaftere Diskussion ist über ein so genanntes Grundeinkommen entstanden, das jedem Bürger und jeder Bürgerin ohne Gegenleistung zusteht. Sein Charme ist, dass es die gegenwärtigen Anstrengungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unnötig machen würde. Es ist freilich ein so komplexes und langfristiges Projekt, dass es für die in den nächsten Jahren anstehenden Entscheidungen voraussichtlich nur eine begrenzte Bedeutung haben wird.

wird das schon praktiziert. In den Niederlanden mit ihrem hohen Anteil von Teilzeitarbeit beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit insgesamt nur noch 29,8 Wochenstunden. Ein Vorschlag für Deutschland spricht von einer „Vollbeschäftigung neuen Typs“ und richtet sich auf 30 Arbeitsstunden in der Woche oder eine entsprechende Jahres- bzw. Lebensarbeitszeit. (Überparteiliche Initiative) Überhaupt kann die Erwerbsarbeit auf vielfältige Weise geteilt werden: entweder quer als regelmäßige Teilzeitbeschäftigung oder längs als Sabbatjahr, als Lebensarbeits-Konto usw. (Zu den Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer „Habtagsgesellschaft“: Schaffer/Stahmer (2005) und der Kommentar von G. Scherhorn)

Ein entscheidender Punkt ist die Höhe des dann zu erzielenden Erwerbseinkommens. Ein sozial gestaffelter Ausgleich wird unumgänglich. Der Vorschlag der Überparteilichen Initiative etwa will hohe Einkommen, die durch lange Arbeitszeit erzielt werden, mit einem Malus belasten, kürzere Arbeitszeiten dagegen steuerlich oder bei den Sozialabgaben begünstigen. Dennoch ist wenig wahrscheinlich, dass das Teilen der Arbeit „für Arbeitgeber weitgehend kostenneutral und für Arbeitnehmer weitgehend einkommensneutral“ bleiben kann. (Bontrup 2005c) Wird die Erwerbsarbeit in Deutschland solidarisch geteilt, wird das nach meinem Urteil mit einer gewissen Minderung des Erwerbseinkommens verbunden sein. Sie wird aber ausgeglichen durch mehr Zeit für Eigenarbeit, für Bildung, für soziale Beziehungen, für den Austausch von Fähigkeiten und Fertigkeiten (etwa in Tauschringen), für Gemeinwohl-Tätigkeit. Insgesamt mag sich das persönliche und gesellschaftliche monetäre Einkommen verringern; es muss aber nicht gravierend absinken und wird durch die Stärkung persönlicher und gesellschaftlicher Wohlfahrt aufgewogen.

Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch eine breitere Förderung ehrenamtlicher gemeinnütziger Tätigkeiten, die zwar nicht bezahlt werden, aber dadurch Anerkennung finden, dass ihnen ein Anspruch auf Gesundheitsschutz und Alterssicherung zuerkannt wird.

Gegen die Praktikabilität des Arbeit Teilens werden drei miteinander verbundene Einwände geltend gemacht: Keineswegs alle Arbeit sei teilbar; für qualifizierte und spezialisierte Tätigkeiten gebe es jetzt schon einen Mangel an Bewerbern; ein erheblicher Teil der Arbeit Suchenden sei zu anspruchsvollen Tätigkeiten nicht befähigt. So weit diese Einsprüche berechtigt sind, verstärken sie die Dringlichkeit einer intensiven Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung. Sie machen den Grundgedanken nicht untauglich aber ausreichende Differenzierungen notwendig.

VII. Ein kurzes Fazit

24. Insgesamt ergibt der Befund, dass in einem Land wie Deutschland mit einem hohen Wirtschaftswachstum nicht zu rechnen ist, dass es aber auch kaum zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde, vielmehr (mit Ausnahmen) ein „Jobless Growth“ ergäbe. Kurt Biedenkopf (2005) hat Recht, wenn er vor der „Illusion von der Problem lösenden Kraft des Wirtschaftswachstums“ warnt.

Wo entwickelte Industrienationen gegenwärtig noch ein relativ hohes Wirtschaftswachstum aufweisen, beruht das nicht ausschließlich aber doch zum großen Teil auf Gegebenheiten und Entwicklungen, die auf ein Land wie Deutschland nicht übertragbar, in ihm nicht erreichbar, in manchem auch nicht wünschenswert sind.

Mit einer durchdachten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik lässt sich, wie das Beispiel einiger Länder zeigt, die Arbeitslosigkeit deutlich mindern. Aber auch diese Maßnahmen können sie offensichtlich nicht unter einen um fünf Prozent liegenden Wert absenken, der als Dauerarbeitslosigkeit das soziale Gefüge instabil macht. Einer Gesellschaft, die dem entgegen möchte, bleibt nichts anderes als die Arbeit zu teilen.

Ein an Ressourcen-Schonung und am Maßhalten orientiertes Leben und Wirtschaften stört weder eine funktionierende Wirtschaft noch gar zerstört es sie. Es eröffnet neue, dauerhafte Felder wirtschaftlicher Tätigkeit, schont die natürlichen Lebensgrundlagen und trägt damit zur weltweiten ökologischen Gerechtigkeit bei. Es kann bezahlte Arbeit und eigene Tätigkeiten verbinden und durch solidarisches Teilen der Erwerbsarbeit der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit ihren Stachel nehmen.

Literatur

- Afheldt, Horst (2005): *Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. München: Kunstmann
- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Bartelmus, Peter (Hg.) (2001): *Wohlstand entschleiern. Über Geld, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit*. Stuttgart: Hirzel
- Beck, Ulrich (2005): *Was zur Wahl steht*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Biedenkopf, Kurt (2005): *Die Illusionen der Republik*. In: FAZ, 16.8.2005
- Bierter, Willy/von Winterfeld, Uta (Hg.) (1998): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Berlin: Birkhäuser
- Bofinger, Peter (2005): *Wir sind besser als wir glauben*. München: Pearson Studium
- Bontrup, Heinz-Josef (2005^{2a}): *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*. Köln: Papy Rossa
- Bontrup, Heinz-Josef (2005b): *Alternative Arbeitszeitverkürzung*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3/2005, S. 347–355.
- Bontrup, Heinz-Josef (2005c): *Geteilte Zeit ist geteilte Arbeit*. In: *Frankfurter Rundschau*, 15.8.2005
- Braungart, Michael/McDonough, William (2003): *Einfach intelligent produzieren. Cradle to Cradle: Die Natur zeigt, wie wir die Dinge besser machen können*. Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag
- Daly, Herman E. (2001): *Unwirtschaftliches Wachstum und Globalisierung in einer vollen Welt*. In: *Natur und Kultur*, Heft 2/2, S. 3–22
- Danielmeyer, Hans Günter (1997): *Zur Entwicklung der Industriegesellschaft und der Beschäftigung*. In: Weizsäcker, Ernst Ulrich (Hg.): *Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen sie sein?* S. 113–124. Berlin: Birkhäuser
- Deutscher Bundestag (2002): *Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlussbericht der Enquete-Kommission*. Opladen: Leske + Budrich
- Dieren, Wouter van (Hg.) (1995): *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt*. Basel: Birkhäuser
- Engler, Wolfgang (2005): *Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft*. Berlin: Aufbau
- Fischermann, Thomas (2003): *Leeres Wachstum*. In: *DIE ZEIT*, 4.9.2003
- Galbraith, John Kenneth (2005): *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft*. München: Siedler
- Hebel, Stephan/Kessler, Wolfgang/Storz, Wolfgang (2005): *Wider die herrschende Leere. Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft*. Frankfurt/Main: Druck- und Verlags-haus

- Horn, Gustav A. (2005): Die deutsche Krankheit. Sparwut und Sozialabbau. München: Hanser
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2002): Kombilöhne im internationalen Vergleich. Werkstattbericht 10/2002
- Kasser, Tim (2002): The high price of materialism. Cambridge: MIT Press
- Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Berlin
- Küstenmacher, Werner Tiki (2003¹⁰): Simplify your Life. Einfacher und glücklicher leben. Frankfurt/ Main: Campus
- Loske, Reinhard (2005): Der Schrei des Hirschen. Wider die neue Wachstumsfrömmigkeit. In: Scheidewege. Jahresschrift für skeptisches Denken, Heft 35, S. 371–378
- Majer, Helge (1998³): Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. München: Oldenbourg
- Miegel, Meinhard (2005): Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Berlin: Propyläen
- Müller, Albrecht (2004): Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. München: Droemer
- Müller, Albrecht (2005): Entscheidend ist, was wächst. In: Frankfurter Rundschau, 26.7.2005.
- Nefiodow, Leo A. (2000⁴): Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin: Rhein-Sieg Verlag
- OECD (2005), Factbook 2005: Environmental and Social Statistics. Paris: OECD
- Pauli, Gunter (1999): Upcycling. Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur für mehr Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt. München: Riemann
- Randzio-Plath, Christa (Hg.) (2004): Wege aus der Krise. Plädoyer für eine Europäische Wachstums- und Investitionsoffensive. Baden-Baden: Nomos
- Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert. Frankfurt/Main: Campus
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005), Jahrgutachten 2005/06: Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Schaffer, Axel/Stahmer, Carsten (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: Gaia, Heft 3/2005, S. 229–239. Kommentar von Gerhard Scherhorn im selben Heft, S. 240–242
- Scheer, Hermann (2004): Die ökologische „New Deal“-Politik als Perspektive. In: Randzio-Plath, 107–114
- Scherhorn, Gerhard (1994): Die Unersättlichkeit der Bedürfnisse und der kalte Stern der Knappheit. In: Bievert, Bernd/Held, Martin (Hg.), Das Naturverständnis der Ökonomie, S. 224–240. Frankfurt/Main: Campus
- Scherhorn, Gerhard (1997): Das Ganze der Arbeit. In: Meyer-Abich, Klaus (Hg.): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens, S. 162–251. München: Beck

- Scherhorn, Gerhard (2005): Zum Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung. In: Gaia, Heft 3/2005, S. 240–242
- Schöb, Ronnie/Weimann, Joachim (2005⁴): Arbeit ist machbar. Die Magdeburger Initiative: Eine sanfte Therapie für Deutschland. Dessau: Stecovics
- Sinn, Hans-Werner (2004⁵): Ist Deutschland noch zu retten? München: Econ
- Sinn, Hans-Werner (2005a): In Deutschland ist Vollbeschäftigung möglich. Interview. FAS, 28.5.2005. Siehe auch Korrektur des IFO-Institutes.
- Sinn, Hans-Werner (2005b): Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht? München: Econ
- Solbes Mira, Pedro (2004): Zur Notwendigkeit einer europäischen Antwort auf die Lage der öffentlichen Finanzen. In: Randzio-Plath, 149–164.
- Überparteiliche Initiative (2005): Mehr Zeit zum Leben, Lachen und Lieben. Frankfurter Rundschau, 29.8.2005
- Wahl, Stefanie/Schulte, Martin (2005): Arbeitslosigkeit abbauen – von Besseren lernen. Hintergründe der Beschäftigungsunterschiede in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bonn: Olzog